

Bericht und Antrag des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft**Bericht und Antrag über die 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC), virtuell abgehalten am 30. August 2021**

Im vergangenen Jahr fand am 30. August 2021 die 30. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) statt. Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen musste die Konferenz ein weiteres Mal digital ausgerichtet werden. Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) ist das parlamentarische Forum der Ostseeregion. Sie wurde 1991 auf Initiative des damaligen finnischen Parlamentspräsidenten, Mauno Koivisto, gegründet. Ziel der Konferenz ist die Stärkung einer gemeinsamen Identität im Ostseeraum, eine engere Zusammenarbeit von nationalen und regionalen Parlamenten sowie die Begleitung politischer Maßnahmen in der Ostseeregion.

Die Jubiläumskonferenz fand unter der Überschrift „Nachhaltige Demokratie – Entgegnung und Anpassung an eine Welt im Wandel“ statt. Rund 120 Teilnehmer:innen folgten der Einladung des amtierenden BSPC-Präsidenten Pyry Niemi. Am 28. August 2021 fand bereits das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz zusammen und diskutierte insbesondere über das Thema Klimaschutz.

Generell sind die regionalen und nationalen Parlamente für die Umsetzung der Resolution der BSPC und der damit verbundenen Wirksamkeit der Beschlüsse gefordert, was auch im Rahmen der 30. Konferenz eingefordert wurde.

Die Konferenz wurde durch die Reden des Präsidenten des schwedischen Reichstags, Dr. Andreas Norlén, der schwedischen Außenministerin Ann Linde und von Pyry Niemi, dem amtierenden Präsidenten der BSPC, eröffnet, welche nochmals die große Relevanz nachhaltiger Demokratien betonten. Demokratien, welche Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, eine starke Zivilgesellschaft und stabile NGOs sowie demokratische Werte bewahrten und verteidigten. Es sei aber ebenso wichtig, auch junge Menschen in die Demokratie einzubeziehen, denn das sei Voraussetzung für die Garantie und Sicherung solcher Werte und Überzeugungen, damit diese auch für zukünftige Generationen bewahrt blieben.

Die Konferenz wurde von folgenden Tagesschwerpunkten getragen:

- Zusammenarbeit im Ostseeraum,
- Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft,
- Schutz der Ostsee und unserer Umwelt für künftige Generationen sowie dem Stopp des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt.

Der erste Sitzungsabschnitt trug das Thema Zusammenarbeit im Ostseeraum, in der sich für eine Stärkung von grenzüberschreitender Kooperation zur Förderung einer regionalen Identität für alle Menschen im Ostseeraum ausgesprochen wurde. Auch in diesem Jahr schwang erneut das Thema COVID-19 und dessen Bewältigung mit. Besonders wurde aber die besorgniserregende Situation in Belarus thematisiert. Des Weiteren fand die generelle Sorge über die

zunehmende Missachtung der Menschen- und Frauenrechte und den Zustand der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hier Niederschlag. Ine Eriksen Søreide, norwegische Außenministerin, sowie auch der deutsche Staatsminister für Europa, Michael Roth, unterstrichen nochmals die Bedeutung internationaler Kooperation auf verschiedenen Ebenen der Staaten, mit der dem Misstrauen demokratischen Systemen gegenüber zu begegnen sei.

Außerdem müsse die Kontinuität bei der Teilhabe junger Menschen weiter angestrebt werden. Sie hätten zukunftsweisende Ideen und müssten mehr gehört werden.

Im zweiten Sitzungsabschnitt wurde das Thema Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft im Rahmen einer Podiumsdiskussion thematisiert und diskutiert. Dabei wurde auf Phänomene und gesellschaftliche Herausforderungen neuer Medien wie den Umgang mit Falschinformationen und Desinformation oder den Schutz für Opfer von Diffamierung, Hassbotschaften und Volksverhetzung eingegangen. Im Zusammenhang mit dieser sich ändernden Medienlandschaft sei eine Ausweitung der Förderung von Medienkompetenz bei jungen Menschen gefragt, um sie in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und Informationen zu bewerten. Soziale Netzwerke hätten bei jüngeren Generationen nicht nur eine hohe Bedeutung, sie drückten über solche Beteiligungsplattformen auch politische Anliegen aus. Viele Bewegungen, wie beispielsweise „Fridays for Future“, hätten sich über Soziale Medien Gehör verschafft oder ihr Erfolg gründe maßgeblich auf ihr. Das sei letztlich Demokratie in Praxis. Allerdings bestehe bei den neuen Netzwerken auch die Gefahr, dass Inhalte Demokratie untergraben könnten. Digitale Plattformen dürften keinen Ort für Rechtsverletzungen darstellen.

Im Hinblick auf den Schutz der Ostsee und unserer Umwelt für künftige Generationen legte die Konferenz ein Augenmerk auf eine gesunde Ostsee sowie eine damit einhergehende Reduzierung der CO₂-Emissionen. Denn gesunde Meere seien essenziell für ein gesundes Klima, sie absorbierten große Mengen an Kohlenstoff. Die Konferenz rief in diesem Zusammenhang zu einer strikten Umsetzung des HELCOM Baltic Sea Action Plans auf. Zudem sollten absichtliche und unabsichtliche Nährstoffeinträge in die See sowie die Schiffsemissionen reduziert werden. In Bezug auf den gestiegenen Schifffahrts- und Kreuzfahrttourismus und den mit ihm verbundenen Rückgang der biologischen Vielfalt wird gefordert, den Umstieg von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige, erneuerbare Brennstoffe zu beschleunigen. Für diese Ziele spielten Wissenschaft und Forschung eine entscheidende Rolle, um Lösungen für die entsprechenden Probleme zu finden.

Neben dem Klima stellen vor allem Munitionsaltlasten eine ökologische Gefahr für die Ostsee dar. Für die Lösung dieses Problems stellt die Resolution verschiedene Maßnahmen vor. So wird gefordert, die nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten in einer Expertengruppe zusammenzutragen. Hieraus sollten anschließend konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Kampfmitteln in der Ostsee erarbeitet werden.

Im Anschluss wurde die Resolution der 30. BSPC einstimmig angenommen. Außerdem wurde die Arbeitsgruppe „Klimawandel und Artenvielfalt“ um ein weiteres Jahr verlängert. Darüber hinaus wurde der derzeitige Präsident des BSPC für ein weiteres Jahr wiedergewählt. Somit bleibt der Vorsitz der Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin beim schwedischen Parlament.

Die 31. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz wird daher vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm stattfinden.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt Kenntnis.

Frank Imhoff
Präsident



DIGITAL 30. AUGUST 2021 9:30 CEST

30.08. 2021, 17.17

Entschließung der Konferenz

Angenommen von der 30. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC)

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion, die am 30. August 2021 online zusammengekommen sind,

- bekräftigen erneut - mitten im derzeitigen Prozess der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und der Bewältigung ihrer Auswirkungen - die dringende Notwendigkeit und die Erwartung, dass alle Ostseestaaten weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass der Ostseeraum eine Region der friedlichen und engen Nachbarschaft und der intensiven Zusammenarbeit bleibt;
- unterstreichen, dass demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medienfreiheit, eine starke Zivilgesellschaft und stabile NGOs sowie Chancengleichheit für alle die Grundlage unserer Zusammenarbeit sind;

- nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel, um mit der Regierung von Belarus zu kommunizieren, um Menschenrechte, Frieden und Demokratie in Belarus als einem wichtigen Teil des Ostseeraums und Europas nachhaltig zu gewährleisten;
- weisen darauf hin, dass enge und intensive zwischenmenschliche Kontakte auf allen Ebenen - den Parlamenten, Regierungen und der Zivilgesellschaft - das Rückgrat für Frieden, Wohlstand und Umweltschutz in der Region sind;
- unterstreichen, dass der Jugendaustausch und die Inklusion von Jugendlichen und jungen Menschen die Voraussetzung für die Garantie und Sicherung dieser Grundlagen des Ostseeraums auch für zukünftige Generationen sind;
- begrüßen das Jugendforum der Ostseeparlamentarierkonferenz, das am 28. August 2021 stattfand, berücksichtigen die Schlussfolgerungen des Forums bei der anstehenden Arbeit und fördern weiterhin die Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit der BSPC;
- begrüßen die erneuerte strategische Vision - die Vilnius-II-Erklärung „Eine Vision für den Ostseeraum bis 2030“ - und den darauffolgenden Aktionsplan des Ostseerates, der beim Ministertreffen des Ostseerats am 1. Juni 2021 verabschiedet wurde, sowie die erneuerte „EU-Strategie für den Aktionsplan für den Ostseeraum“ und die „Schlussfolgerungen des Rates zur Umsetzung der makroregionalen Strategien der EU“ mit Stand vom 3. Dezember 2020;
- stellen fest, dass das ökologische System der Ostsee sowie die allgemeine Umwelt an Land und im Meer nicht mehr länger als separate Punkte im Zusammenhang mit anderen Faktoren wie der Wirtschaft betrachtet werden sollten. Dies ist notwendig, da die Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Ostseeraum vollständig davon abhängen werden, ob es uns gelingen wird, das Ökosystem der Ostsee zu erhalten und zu verbessern.

rufen die Regierungen im Ostseeraum, den Ostseerat und die EU auf,

im Hinblick auf die Zusammenarbeit im Ostseeraum

den Neubeginn nach der Pandemie und das aktuelle Jahrzehnt zu nutzen, um

1. entschlossen Vertrauen unter ihren Nationen und bei allen Kooperationen aufzubauen, auszuweiten und zu vertiefen;
2. Wohlstand, Sicherheit und regionale Identität für alle Menschen im Ostseeraum zu stärken;

3. sich bei ihrem Wirtschaftswachstum, ihrer Entwicklung und ihren Innovationen auf Nachhaltigkeit zu konzentrieren und einen guten ökologischen Zustand der Ostsee sowie einen soliden und nachhaltigen Zustand ihrer Umwelt zu erzielen;
4. eine bessere Inklusion, Wohlstand, öffentliche Gesundheit und sozialen Zusammenhalt anzustreben, jedoch auch die bestehende Kluft zwischen den Ländern des Ostseeraums durch gemeinsame Anstrengungen zu verringern;
5. aktuelle und zukünftige Herausforderungen und Krisen durch verstärkte gemeinsame Maßnahmen zu bewältigen;
6. die Elemente einer gemeinsamen regionalen Identität und die gemeinsamen Werte durch Kultur, Forschung, Bildung und Wissenschaft zu fördern;
7. entschlossen den dynamischen und verstärkten Austausch zwischen den Menschen zu betreiben und persönliche Kontakte und den persönlichen Austausch von Ideen, Erfahrungen und Ansichten auf der Grundlage aktiver Zivilgesellschaften zu erleichtern;
8. Kontinuität bei der Teilhabe junger Menschen anzustreben, einen zielführenden Austausch von Meinungen und Ideen mit und unter jungen Menschen auf der Grundlage des Dialogs und der tatsächlichen Einflussnahme zu ermöglichen und junge Menschen an Entscheidungsprozessen zu beteiligen;
9. die Möglichkeiten der Digitalisierung, die allen Menschen zugänglich sein sollte, für die Kommunikation zu nutzen und grundlegend zu verbessern sowie die digitale Kluft in der Region zu schließen;
10. benachteiligte Menschen zu schützen und diejenigen auf bestmögliche Weise zu integrieren, die legitim Schutz vor Verfolgung in der Region suchen;
11. Wohlstand und ökologisch stabile und solide Umweltbedingungen für zukünftige Generationen als ein Grundrecht in den Entscheidungsprozessen von heute zu erachten;
12. die regionale Zusammenarbeit für den zivilen Schutz zu fördern, darunter die Verhütung von und die Vorbereitung und die Reaktion auf Naturkatastrophen und Industrieunfälle und den Schutz der Bevölkerung der Ostsee-Anrainerstaaten vor Natur- und vor vom Menschen verursachten Katastrophen, die weiterhin wichtige Themen für die BSPC sind;
13. fortzufahren, gefährdete Kinder zu schützen, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen und Migrationsströme zu bewältigen als Bereiche der intensiven Kooperation zwischen den Ostseestaaten;
14. nachhaltigen Tourismus zu fördern, unter anderem durch die Verbesserung des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs, um ein klimafreundlicheres Reisen zu ermöglichen und

Reisehindernisse in der Region zu verringern, beispielsweise durch die Lockerung der bestehenden Visabeschränkungen;

15. Optionen für die Entwicklung des medizinischen Tourismus zu identifizieren – um den Menschen in der Region zu helfen, eine medizinische Behandlung im gesamten Ostseeraum zu erhalten, nicht zuletzt im Kontext der COVID-19-Pandemie;
16. eine gemeinsame Lösung für die gegenseitige Anerkennung anerkannter Impf- und Testbescheinigungen zu finden, die von unseren Ländern validiert und anerkannt sind, um zur Verhütung einer neuen Coronavirus (COVID-19)-Infektion beizutragen, z.B. weil Grenzregionen aufgrund des grenzüberschreitenden Verkehrs besonders betroffen sind;
17. gegebenenfalls eine Wiederaufnahme der Gipfeltreffen der Regierungschefs der Ostseestaaten zu erwägen;
18. die Beziehungen zwischen der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene der Ostseezusammenarbeit zu stärken, und zwar durch Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen dem Ostseerat (CBSS), der Subregionalen Zusammenarbeit zwischen den Ostseestaaten (BSSS), der CPMR-Ostseekommission und der Union der Ostseestädte (UBC) sowie die Aufforderung an eine größere Anzahl von Gebieten und Städten, sich an ihr zu beteiligen;
19. die finanzielle Grundlage einer praktischen Zusammenarbeit in der Region zu stärken durch die Ausweitung des Zuständigkeitsbereichs der Project Support Facility des Ostseerates, unter anderem durch die Nutzung öffentlich-privater Partnerschaftsmechanismen;
20. zusammenzuarbeiten, um den Ostseeraum als eine bedeutende, wettbewerbsfähige Wissensregion mit einer exzellenten Hochschul- und Forschungsinfrastruktur zu stärken;
21. die Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich im Ostseeraum zu fördern, um besser mit Situationen wie die derzeitigen COVID-19-Pandemie umzugehen sowie Erfahrungen und beispielhafte Vorgehensweisen in diesem Bereich auszutauschen;
22. eine bessere Anpassung der Mittel und Verordnungen zwischen den Hauptfonds der EU sowie den regionalen und nationalen Fonds für grenzüberschreitende und transnationale Kooperationsprojekte, die makroregionale Herausforderungen sozialer und wirtschaftlicher Natur angehen, zu ermöglichen;
23. die Synchronisierung des Vorsitzes über die Gruppe der persönlichen Vertreter der Regierungschefs der Ostseestaaten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit dem Vorsitz über den Ostseerat zu unterstützen, mit der am 1. Juli 2021 begonnen wurde, wobei Norwegen den Vorsitz innehatte;
24. den Projektentwicklungsprozess und das Konzept mit dem Titel „Baltic Sea Cultural Cities and Regions (BSCCR)“ unter dem Motto „Water connects us, but culture unites us“ („Wasser verbindet uns, aber die Kultur eint uns“) mit dem Ostseerat als führendem Partner zu unterstützen, das darauf abzielt, Städte und Regionen, Menschen, kulturelle Organisationen und Fachkräfte zu verbinden, indem es die Sichtbarkeit der kulturellen Vielfalt im Ostseeraum erhöht.

im Hinblick auf die Demokratie in einer sich verändernden Medienlandschaft

Digitalisierung, Bekämpfung von Falschinformationen, Fehlinformationen und „Fake News“ sowie der Schutz der freien Medien und der Redefreiheit

25. ein kontinuierliches Engagement und eine ständige Verpflichtung sowie umfassende Anstrengungen und eine umfassende Unterstützung zur Stärkung des Vertrauens in die demokratischen Strukturen und Werte durchzusetzen, um Toleranz und Offenheit, Medien- und Meinungsfreiheit sowie starke NGOs als Grundpfeiler der Demokratien im Ostseeraum zu fördern;
26. die Förderung der Medienkompetenz bei jungen Menschen auszuweiten, um sie in die Lage zu versetzen, kritisch zu denken und Informationen zu bewerten;
27. das Potenzial der sozialen Medien zu nutzen, um junge Menschen zu motivieren, sich an politischen Diskussionen und Entscheidungsprozessen zu beteiligen;
28. rechtliche Verordnungen und nationale Strategien zu verabschieden - auch in Bereichen wie Justiz, Verteidigung, Schule, Forschung, öffentliche Bildung, Bibliothekswesen, kulturelle Institutionen, Medien, Zivilgesellschaft, NGOs und Unternehmen - um die demokratische Resilienz gegen digitale Gewalt und Straftaten über das Internet zu stärken und Online-Hassrede zu verhindern und zu bekämpfen;
29. über einen internationalen Ethikkodex für den digitalen Wandel zu diskutieren, ihn zu entwickeln und zu verabschieden;
30. weitere praktische Unterstützungsmaßnahmen einzuleiten, um die pluralistischen, unabhängigen Medien im Ostseeraum zu stärken und ihre Nachhaltigkeit im digitalen Zeitalter zu gewährleisten;
31. die Förderung und Umsetzung von internationalen Normen, demokratischen Werten und Menschenrechtsgrundsätzen im globalen Informations- und Kommunikationsraum zu unterstützen;
32. Maßnahmen gegen den aggressiven Missbrauch der sozialen Medien als eine Form von digitaler Gewalt zu unternehmen und einen Ansatz, der die Opfer in den Mittelpunkt stellt, ins Zentrum der Maßnahmen zu stellen und dabei die sozialen Medien als ein wichtiges Instrument für das demokratische Handeln anzuerkennen;
33. Maßnahmen für die Umsetzung von Ziel 16 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen unter den Aspekten des Zugangs zu kostenlosen Informationen und der Meinungsfreiheit einzuleiten;
34. nationale, europäische und globale Maßnahmen zur Förderung der Informations- und Medienkompetenz zu unterstützen, darunter die Umsetzung von VN-Resolution 75/267 über die Globale Woche für Medien- und Informationskompetenz, die von der VN-Generalversammlung am 25. März 2021 verabschiedet wurde.

im Hinblick auf den Schutz der Ostsee und unserer Umwelt für künftige Generationen sowie des Stopps des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt

35. ein deutliches und entschlossenes Signal zu senden durch die Verabschiedung einer ehrgeizigen Fortschreibung des Ostsee-Aktionsplans durch das HELCOM-Ministertreffen am 20. Oktober 2021 unter dem gegenwärtigen deutschen Vorsitz sowie mithilfe einer regelmäßigen Kontrolle ihrer Umsetzung sicherzustellen, dass seine Ziele in allen Ländern des Ostseeraums schneller und konsequenter als zuvor umgesetzt werden, um bis zum Ende dieses Jahrzehnts einen guten ökologischen Zustand der Ostsee und ihrer Umwelt zu erzielen;
36. mit verstärkten gemeinsamen strukturierten Bemühungen zur Reduzierung aller absichtlichen und unabsichtlichen Nährstoffeinträge in die See den Schwerpunkt auf die ökologische Nachhaltigkeit der Ostsee zu legen;
37. im Einklang mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, dem Pariser Abkommen und dem Ostsee-Aktionsplan 2030 bedeutende Schritte für die Verringerung der Emissionen zu unternehmen und die Resilienz wichtiger Wirtschaftssektoren, z.B. Industrie, Verkehr und Bau, gegen Klimaänderungen sowie die Verstärkung von natürlichen Kohlenstoffpeichern, z. B. Wäldern, zu erreichen;
38. anzuerkennen, dass globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Auswirkungen des Klimawandels zu mildern, die biologische Vielfalt zu erhalten und zu schützen sowie die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf Klimaschutz (SDG13), Ozeanen (SDG14) und biologischer Vielfalt (SDG15) zu unterstützen;
39. sowohl regionale als auch lokale Projekte zu fördern und finanziell zu unterstützen, die auf der Grundlage der Forschung darauf abzielen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee und in ihren Einzugsgebieten zu verbessern und zu erhalten;
40. die Gemeinschaften vor Ort in der gegenwärtigen Lage weiterhin zu beteiligen und zu informieren, um von allen Teilen der Gesellschaft, einschließlich Unternehmen und Zivilgesellschaft, Unterstützung und Engagement für den langfristigen Versuch, einen guten Umweltstatus in den Küstengebieten und über sie hinaus zurückzugewinnen, zu erhalten;
41. eine weitere Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee anzustreben und die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die die Eutrophierung der Ostsee verringern werden;
42. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um Schiffsemissionen in die Ostsee zu verringern;
43. auch in Zukunft Investitionen in grüne Wasserstofftechnologien zu unterstützen, um die Kohlendioxidemissionen zu verringern;

44. zusammenzuarbeiten und Informationen im Hinblick auf die Risikobewertung und notwendige Küstenschutzmaßnahmen aufgrund steigender Meeresspiegel auszutauschen;
45. im Hinblick auf die Auswirkungen von Kunststoffen auf Umwelt, Klimawandel und biologische Vielfalt
 - a. zu bedenken, dass es aufgrund des grenzübergreifenden Charakters der Meeresabfälle und der besonderen Anfälligkeit des darumliegenden Ostseegebietes von gegenseitigem Interesse ist, die Eintragung von Kunststoffen in die Umwelt zu vermeiden und zu diesem Zweck unnötige Kunststoffverpackungen von Anfang an zu verringern und Kunststoffabfälle nachhaltig zu entsorgen;
 - b. sich daher zu verpflichten, die Inkraftsetzung des Regionalen Aktionsplans der HELCOM gegen Meeresabfälle sowie der in ihm vorgesehenen Maßnahmen als Teil des fortgeschriebenen Ostsee-Aktionsplans auf regionaler Ebene zu unterstützen und
 - c. den Beginn von Verhandlungen über ein neues ehrgeiziges globales Abkommen bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen UNEA 5.2 zu unterstützen, um den nächsten entscheidenden Schritt auf internationaler Ebene zu unternehmen;
46. im Hinblick auf die Folgen eines gestiegenen Schifffahrts- und Kreuzfahrttourismus für den Klimawandel und den Rückgang der biologischen Vielfalt in der Ostsee
 - a. anzuerkennen, dass die Ostsee das Binnenmeer mit dem größten Seeverkehrsaufkommen und ein Binnenmeer mit einem geringen Wasseraustausch ist;
 - b. anzuerkennen, dass ein globales Handeln und grenzübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sind, um die Emissionen eines gestiegenen Kreuzfahrttourismus und sonstigen Schiffsverkehrs auf der Ostsee abzuschwächen;
 - c. den Übergang von Schiffen, insbesondere Kreuzfahrtschiffen, von fossilen Brennstoffen auf nachhaltige, erneuerbare Brennstoffe zu fördern und zu beschleunigen, damit der Schiffsverkehr klimaneutral und umweltfreundlicher wird;
 - d. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Emissionen von Ruß durch Schiffe zu reduzieren; dies beinhaltet Unterstützungsmaßnahmen in Bezug auf Technologien und Infrastruktur aus dem Stromversorgungsnetz der Häfen;
 - e. die Entwicklung von Technologien und Innovationen zu unterstützen, die das Einleiten von Abfällen aus Schiffen in die Ostsee weiter reduzieren werden;
 - f. die Verhütung der Einführung schädlicher Wasserorganismen und Krankheitserreger im Ballastwasser zu unterstützen durch die Förderung einer weiteren Entwicklung von Technologien und Innovationen und eine strikte Anwendung der Ballastwasserkonvention sowie einen aktiven Beitrag zur Phase des Erfahrungsaufbaus;
 - g. zu versuchen, die Meeresumwelt und die Umwelt an Land sowie die Ökosysteme in der Ostsee zu verbessern und zu erhalten;
47. im Hinblick auf Munitionsaltlasten
 - a. gemäß den Entschlüssen der 28. und der 29. BSPC die Anstrengungen zur Entdeckung und Neutralisierung von Kampfmitteln in der Ostsee mit konkreten Maßnahmen über eine multilaterale Zusammenarbeit zu verstärken;
 - b. die unterschiedlichen nationalen Erkenntnisse, Forschungsergebnisse und Daten in einer Expertengruppe - falls möglich bei der HELCOM - zusammenzubringen und auf dieser Grundlage konkrete Maßnahmen zur Beseitigung von Kampfmitteln in der Ostsee zu erarbeiten;

- c. zur Konkretisierung des in der 28. EntschlieÙung der BSPC erwähnten Finanzinstruments einen internationalen Geberfond anzustreben und zu prüfen, ob die HELCOM einen derartigen Fond verwalten könnte;
- d. den Ostseeraum als eine weltweite Modellregion für die ökologisch nachhaltige, schnelle und bezahlbare Bergung, Dekontaminierung und Beseitigung von im Meer versenkten Kampfmitteln zu etablieren;
- e. alle erforderlichen Maßnahmen zu unternehmen, die darauf abzielen, die Beseitigung und Entschärfung von Kampfmitteln und anderen gefährlichen Produkten in der Ostsee innerhalb der nächsten 20 Jahre abzuschließen;
- f. die Möglichkeit zu prüfen, diese Aufgabe als eine langfristige ökologische Priorität ausdrücklich in den Ostsee-Aktionsplan der HELCOM aufzunehmen.

Ferner beschließt die Konferenz,

- 48. das freundliche Angebot des schwedischen Parlaments, die 31. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 12. bis 14. Juni 2022 in Stockholm auszurichten, zu begrüßen.